

# **Große Unsicherheit und wenig Optimismus**

Jahresausblick 2023 – Ergebnisse der VU-Verbändeumfrage

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V. (VU)

Schwerin, 3. Januar 2023

**Herausgeber:**

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V.(VU)

Die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V. ist der Dachverband von derzeit 60 Arbeitgeber-, Wirtschafts-, Fach- und Regionalverbänden. Mit deren über 7.800 Mitgliedsunternehmen und gut 340.000 Beschäftigten vertritt die Vereinigung als Dachorganisation die Interessen der ARBEITERGEBER MECKLENBURG-VORPOMMERN gegenüber der Politik in Land und Bund, den Verwaltungen sowie den Medien und der Öffentlichkeit.

Die VU ist die Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Landesverband der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

**Autor:**

Jens Matschenz

[matschenz@vumv.de](mailto:matschenz@vumv.de)

0385-6356-201

## **Inhaltsverzeichnis**

1.	Stimmungslage.....	5
2.	Geschäftserwartungen .....	7
3.	Beschäftigung.....	8
4.	Investitionen .....	10
5.	Zusatzfrage 1: Wie bewerten Sie das Krisenmanagement der Landesregierung im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Energiekrise auf Wirtschaft und Gesellschaft in MV? .....	11
6.	Zusatzfrage 2: Was sind die derzeit größten Risiken für Ihre Unternehmen? .....	12
7.	Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2023 .....	14
8.	Fazit.....	15

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Stimmungslage in den Unternehmen mit Blick auf 2023 .....	5
Abbildung 2: Erwartete Umsatz- und Geschäftsergebnisse für 2023 .....	7
Abbildung 3: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen 2023 .....	8
Abbildung 4: Entwicklung der Investitionen 2023 .....	10
Abbildung 5: Krisenmanagement in der Energiekrise.....	11
Abbildung 6: Aktuell größte Risiken aus Sicht der Wirtschaft in MV .....	12
Abbildung 7: Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2023 .....	14

## Umfragebasis

Die Umfrage zum VU-Jahresausblick wird jährlich im Dezember durch die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V. (VU) unter ihren Mitgliedsverbänden durchgeführt.

An der Umfrage Ende 2022 beteiligten sich 12 Verbände, also ein Fünftel der VU-Mitgliedsverbände:

- AGV NORD Allgemeiner Verband der Wirtschaft Norddeutschlands e. V.
- AMV Marketinggesellschaft der Agrar- und Ernährungswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Bauverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Bund der Kaufleute e. V.
- CDH im Norden - Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb e.V.
- DEHOGA Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- ITGA Industrieverband Technische Gebäudeausrüstung und Energietechnik Nord e. V.
- NORDHANDEL - Vereinigung Norddeutscher Handelsverbände e. V.
- NORDMETALL Verband der Metall- und Elektroindustrie e. V.
- UVMB Unternehmerversband Mineralische Baustoffe e. V.
- Unternehmerversband Norddeutschland-Mecklenburg-Schwerin e. V.
- Verband Druck+Medien Nord-West e. V.

Die teilgenommenen Verbände repräsentieren in Mecklenburg-Vorpommern etwa 3.100 Unternehmen. In diesen Unternehmen sind circa 188.200 Beschäftigte tätig. Das entspricht 45 % der Unternehmen in der Größenklasse ab etwa 10 Mitarbeitern und etwa 51 % aller SV-Beschäftigten in MV, exklusive denen des Öffentlichen Dienstes.

## 1. Stimmungslage

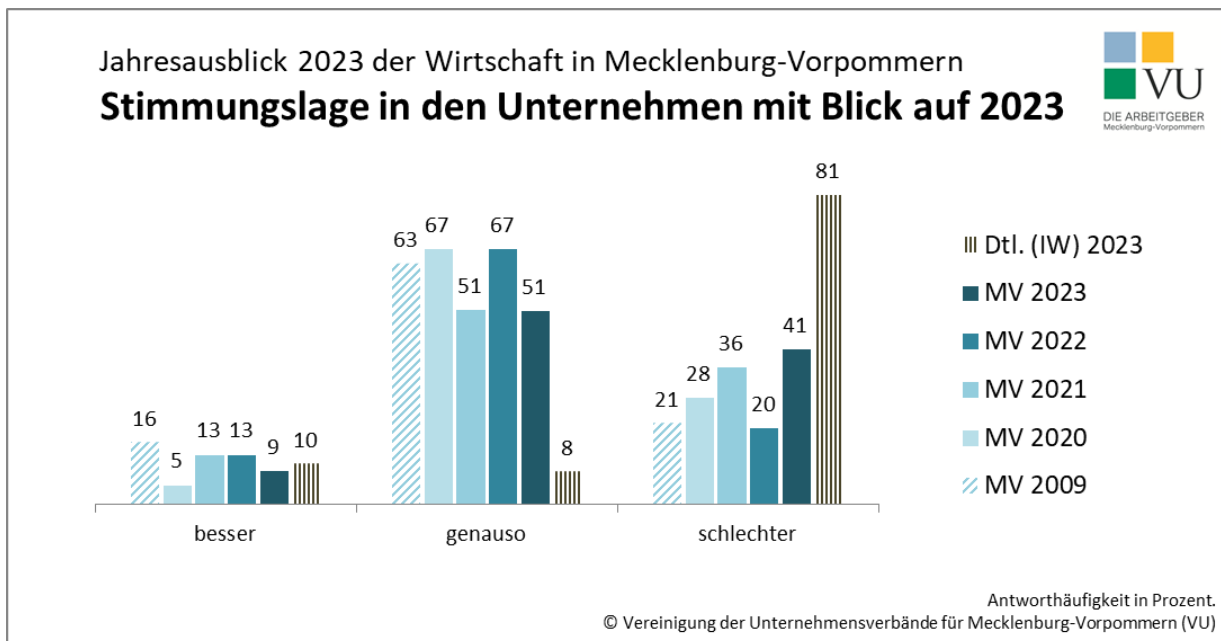


Abbildung 1: Stimmungslage in den Unternehmen mit Blick auf 2023

### Unsicherheit war noch nie so groß

Das Lagebild in der Wirtschaft ist extrem widersprüchlich. Einerseits scheint die noch im Sommer als ernste Gefahr befürchtete Gasmangellage im Winterhalbjahr 2022/23 vermindert. Die Gasspeicher sind hierzulande gefüllt und russisches Gas konnte substituiert werden, etwa durch den schnellen Bau von LNG-Terminals. Etwas Entspannung gab es seit dem Frühjahr 2022 auch in den globalen Lieferketten und bei den stark dominierenden Materialengpässen in der Industrie und Bauwirtschaft.

Andererseits hat sich die geopolitische Lage keineswegs entspannt. Nach zwei Jahren Corona-Pandemie zerstörte der Überfall Russlands auf die Ukraine mit all seinen Folgen für die Weltwirtschaft auch die noch im Vorjahr aufkeimende Hoffnung auf ein besseres Jahr, auch für die Unternehmen Mecklenburg-Vorpommerns. Ein Ende der russischen Invasion in der Ukraine ist nicht absehbar. Eine potenzielle Ausweitung des bestehenden Konflikts – etwa durch Anschläge auf kritische Infrastrukturen – sowie die Gefahr zusätzlicher Konflikte machen die globalen Produktions- und Zuliefernetzwerke unvermindert anfällig für Störungen. Das gilt besonders für die Energieversorgung.

Zwar sieht mehr als die Hälfte der befragten Branchen (51 %) keine Verschlechterung für 2023, der Anteil der Pessimisten hat sich allerdings von 20 auf 41 % mehr als verdoppelt. Die Sicht auf 2023 wird mit großer Unsicherheit verbunden.

Zudem berichten die Branchenvertreter einerseits von Krisenmüdigkeit in vielen Unternehmen und bei den Mitarbeitenden, gleichzeitig aber auch von gesteigerter Lern- und Anpassungsfähigkeit nach mehreren Krisenjahren. Insbesondere die Aussicht auf nunmehr dauerhaft hohe Energiepreise, verbunden mit außenpolitischen Ungewissheiten und anhaltenden Lieferengpässen dämpfen die Hoffnung auf Besserung deutlich.

Die **Nahrungsgüterwirtschaft** (AMV) berichtet zum Beispiel, dass Strom gegenüber dem Vorjahr um 62 % und Gas um 81 % teurer geworden sei. Die Fleisch- und Wurstwarenbranche sei am härtesten betroffen. Hier lägen die Steigerungsraten bei Energie und bei Gas bei dem Vier- bis Fünffachen der sonst üblichen Kosten. Wie in vielen anderen Branchen auch, kann fast ein Drittel der Nahrungsgüterunternehmen die gestiegenen Kosten nicht als Preiserhöhungen an ihre Kunden weitergeben.

Auch im **Tourismus** ist die Stimmungslage deutlich gedämpft. Der DEHOGA MV befürchtet für seine Branche die Effekte einer Rezession. Wenn sich negative Prognosen erfüllten, werde es im nächsten Jahr deutliche Auswirkungen für die substituierbaren Güter Urlaub und Freizeitverhalten geben. Befürchtet werde, dass die Endverbraucher und potenziellen Gäste daran dann als erstes sparen könnten. Für das Urlaubsland MV wären das laut DEHOGA keine guten Aussichten.

Aus Sicht der **M+E-Branche** (NORDMETALL)<sup>1</sup> verschlechtert sich die Qualität des Standorts Deutschland dramatisch. Explodierende Energie- und Materialkosten, große Lieferprobleme, der Fachkräftenotstand und anhaltend hohe Krankenstände machten nötige Investitionen für die Firmen immer schwieriger bis unmöglich.

Die **Rohstoffindustrie** schätzt laut UVMB<sup>2</sup> aufgrund der großen Unsicherheiten die Stimmungslage mit „genauso wie bisher“ ein. Das Jahr 2022 sei vergleichsweise gut gelaufen. Auch hier seien Anfang 2022 die Einschätzungen deutlich pessimistischer gewesen. Viel werde davon abhängen, wie es gelinge, den Preisauftrieb bei Energie, Gas und Kraftstoffen in den Griff zu bekommen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Auffällig ist, dass in diesem Jahr die **deutschlandweite Stimmung**, ermittelt im Dezember 2022 durch das IW Köln, viel schlechter ist als in MV. Das insgesamt trübe Lagebild in Deutschland prägt bundesweit die Erwartungshaltung für das Jahr 2023 in den meisten Branchen. „Der breite Optimismus, der für das Jahr 2022 bestanden hat, ist in der aktuellen Befragung der Wirtschaftsverbände mit Blick auf 2023 verschwunden.“<sup>3</sup>

Trotz der gegenüber dem Vorjahr deutlichen Unsicherheit und Stimmungseintrübung für Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmen, erklärt sich der Unterschied zur bundesweiten Wirtschaftsstimmung vor allem durch die MV-typische Branchenstruktur und die vergleichsweise geringere Exportquote. Die erwarteten anhaltenden Einschränkungen und Unsicherheiten für die internationale Investitionstätigkeit und Belastungen für die Vorleistungsverflechtungen wirken sich für die hiesige Wirtschaft zwar nicht so negativ aus, wie für die deutsche Wirtschaft insgesamt. Dennoch stecken hinter dieser Erklärung zugleich auch die strukturbedingt deutlich geringeren Durchschnittswerte für Produktivität, Wertschöpfung und Innovationsstärke, verbunden mit entsprechend niedrigerer Konsumkraft der Verbraucher. Hier besteht also für MV nach wie vor großer wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf.

Optimisten:

Keine (!)

Pessimisten:

- Tourismus/ Hotels und Gastronomie
- Agrar- und Ernährungswirtschaft
- Bauwirtschaft

---

<sup>1</sup> NORDMETALL-PI: Herbst-Konjunkturumfrage / 45. Martinsgansessen, 17.11.2022

<sup>2</sup> Bert Vulpius, Unternehmerverband Mineralische Baustoffe (UVMB)

<sup>3</sup> Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.: IW-Verbandsumfrage 2022. Dezember 2022

## 2. Geschäftserwartungen

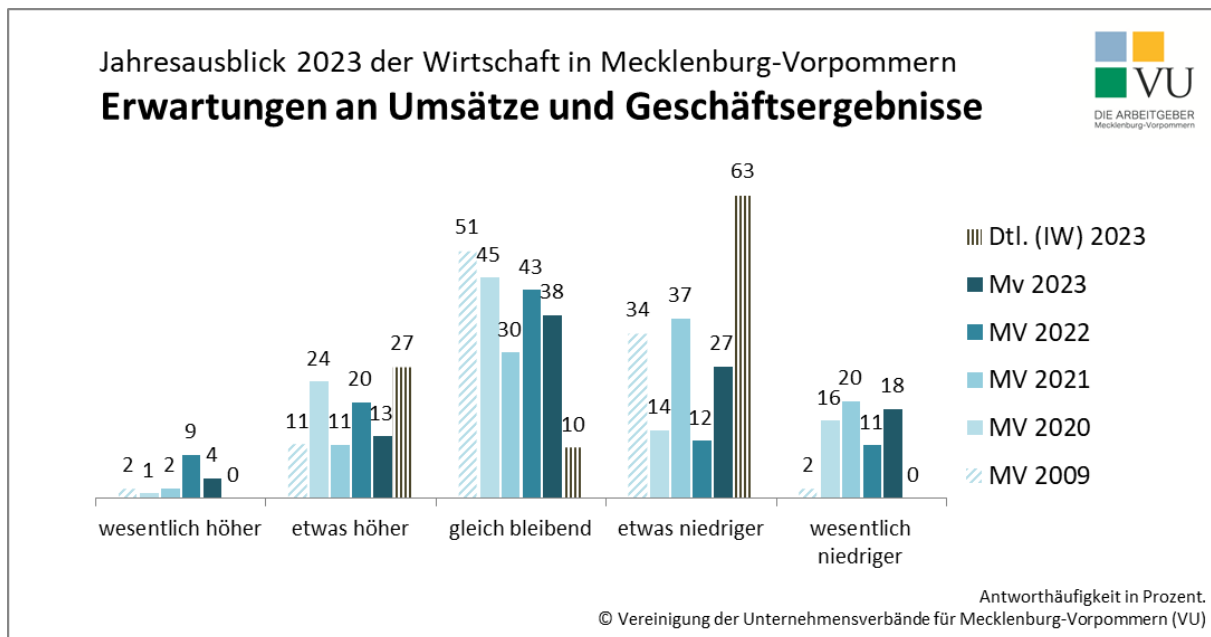


Abbildung 2: Erwartete Umsatz- und Geschäftsergebnisse für 2023

### Keine guten Umsätze in Sicht

Nach den verbesserten Prognosen für Umsätze und Ergebnisse im letzten Jahr gehen die Erwartungen nun wieder deutlich nach unten und sinken sogar unter die Prognosen des Krisenjahres 2009.

Jetzt rechnen 45 % der Unternehmen mit schlechteren Umsatz- und Geschäftsergebnissen (2022: 23 %) und nur 17 % mit steigenden Einnahmen (2021: 29 %).

Mit 17 % der Verbände, die einen Geschäftszuwachs erwarten, und 45 % der Verbände mit einem voraussichtlichen Rückgang, fällt der Saldo aus positiven und negativen Bewertungen für das Jahr 2023 deutlich negativ aus. Der Anteil der Optimisten hat sich damit binnen eines Jahres deutlich verringert, der Anteil der Pessimisten hingegen verdoppelt.

Die Prognose der **Nahrungsgüterbranche** für 2023 falle laut AMV besorgniserregend aus: Auf der Skala von 1 bis 5 habe nur ein befragtes Unternehmen beim Umsatz eine sehr gute Bewertung für seinen Betrieb angegeben.

Produzenten der **Metall- und Elektro-Industrie** in MV erwarten laut NORDMETALL weniger oder bestenfalls gleichbleibende Umsätze. Um die stark gestiegenen Kosten auszugleichen, müssten die Betriebe ihre Verkaufspreise um 19 % erhöhen, also fast das Doppelte der Inflationsrate. Nur sechs Prozent gelinge es, die Kostensteigerungen an die Kunden weiterzugeben, 70 % nur in Teilen, 23 % gar nicht.

60 % der **HOGA-Unternehmen** erwarten laut DEHOGA MV weniger oder sogar deutlich geringere Umsätze. Dies unterstreiche die düstere Stimmungslage und zeige die deutlich gedämpfte Erwartungshaltung der Unternehmen beim Umsatz und Geschäftsergebnis mit Blick auf die Anzeichen einer Rezession.

Laut UVMB wollen die meisten Unternehmen der **Rohstoffindustrie** hingegen die gestiegenen Kosten an den Endkunden weitergeben. Die Preise für Energie und Rohstoffe seien deutlich gestiegen. Für 2023 würden zudem Tarifierhöhungen und damit höhere Personalkosten erwartet. Bei leicht rückgängigem Absatz könnte der Umsatz damit bis zu 8 % steigen.

Auch in dieser Kategorie besteht ein nie gekannter Unterschied zur **bundesweiten IW-Umfrage**. So gehen laut IW-Umfrage 63 % (MV: 45%) der deutschen Firmen von einer niedrigeren Produktion im Jahr 2023 aus. Nur 10 % rechnen damit, dass sich 2023 das Vorjahresergebnis halten lässt.

#### Optimisten:

- Rohstoffwirtschaft

#### Pessimisten:

- Tourismus/ Hotels und Gastronomie
- teilweise Einzelhandel

### 3. Beschäftigung

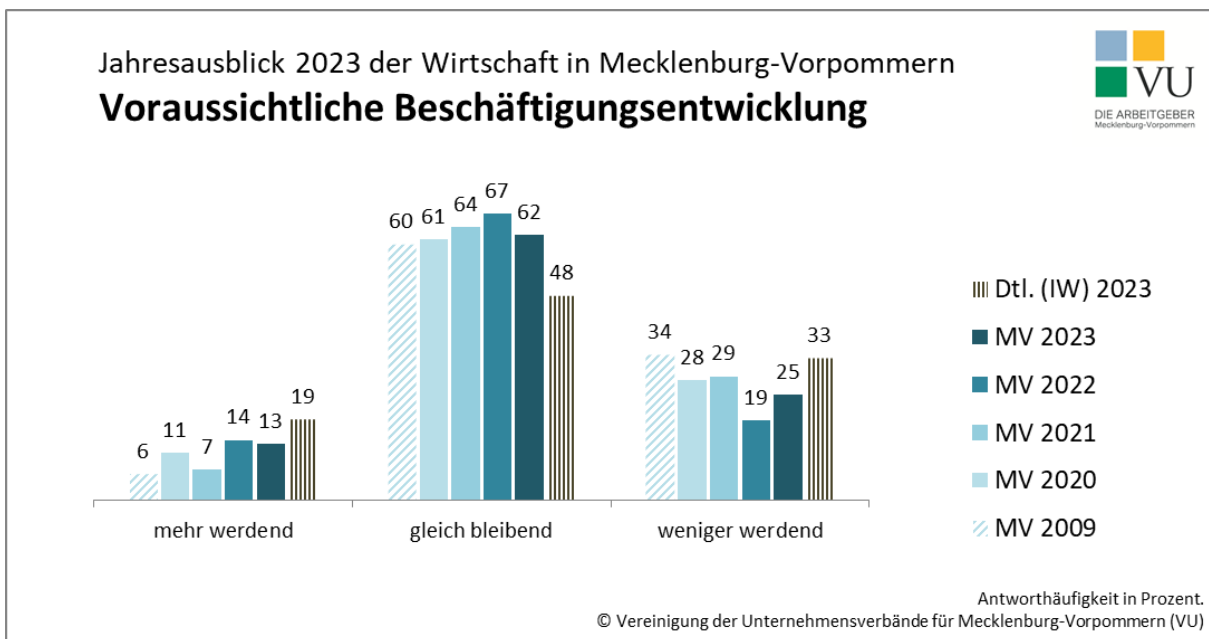


Abbildung 3: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen 2023

#### Beschäftigung soll stabil bleiben

Wille und Notwendigkeit, die Beschäftigten in den Unternehmen zu halten, werden selbst in dieser größten Krise für die Wirtschaft in MV wieder deutlich. Die Einstellungsbereitschaft sinkt zwar leicht gegenüber dem Vorjahr, dennoch überwiegt diese Tendenz stark - zusammen mit der großen Personalkontinuität - gegenüber der Erwartung einer Personalverringering bei 25 % der Befragten.

In den letzten Jahren hat der demografische Wandel bereits tiefe Spuren in den Unternehmen hinterlassen. Der Mangel an geeigneten Fachkräften und Helfern ist im Vergleich zur Krise 2009 noch viel konkreter geworden und kompensiert die krisenbedingten personalwirtschaftlichen Belastungen.

Entscheidend für die weitere Personalsicherung in Mecklenburg-Vorpommern wird sein, wie schnell und aktiv die Landespolitik gemeinsam mit der Wirtschaft die immensen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen annimmt, in welchem Tempo und in welcher Qualität die Krise überwunden und parallel strukturelle Veränderungsprozesse in den Unternehmen im Zusammenhang mit Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischen Herausforderungen bewältigt werden können.

Einen großen Anteil an der relativ guten Arbeitsmarkt-

lage hat die nach wie vor starke Nutzung der erleichterten Kurzarbeit. Dadurch wurde es vielen Firmen ermöglicht, Beschäftigte trotz teils heftiger Auftrags- und Produktionsrückgänge in den Unternehmen zu halten. Die Verlängerung der erleichterten Kurzarbeitsregelungen zunächst bis Ende Juni 2023 wird von allen Branchen sehr begrüßt.

Zu erwarten ist zudem, dass die sich überlagernden Krisen den Strukturwandel in fast allen Branchen weiter beschleunigen und damit auch Herausforderungen für die Anpassungsfähigkeit zahlreicher Beschäftigter mit sich bringen werden.

Aus dem **Tourismus** ist laut **DEHOGA-MV**-Hauptgeschäftsführer Mattias Dettmann während der Corona-Pandemie - bedingt durch die langen Monate der Zwangsschließungen - eine spürbare Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in andere, vermeintlich beschäftigungssicherere Branchen abgewandert.

„Das ist Fakt. Hier sind noch nicht alle ehemaligen Beschäftigten wieder bei uns an Bord. Dazu kommt der sich grundsätzlich verschärfende Fach- und Arbeitskräftemangel, der einen leeren Arbeitsmarkt zur Folge hat. Beides Dinge, die neben der unsicheren Lage rund um die Energiekrise den Beschäftigungszuwachs in personalintensiven Dienstleistungsbranchen



wie dem Gastgewerbe dämpfen werden“, erklärte Matthias Dettmann<sup>4</sup>.

Die **M+E-Industrie** im Norden sei aus Sicht des NORDMETALL-Präsidenten Folkmar Ukena<sup>5</sup> durch Fachkräfte-Notstand sogar existenziell gefährdet. Die Geschäftsaussichten für die nächsten Monate seien düster, die Qualität des Standorts habe sich dramatisch verschlechtert. 84 % der M+E-Betriebe beklagten die schlechte oder unbefriedigende Verfügbarkeit von Fachkräften, 74 % das Fehlen von geeigneten Auszubildenden – das seien noch nie dagewesene Negativwerte. Die Zahl ihrer Beschäftigten zu erhöhen planten dennoch 33 % der norddeutschen M+E-Unternehmen, das seien zehn Prozent weniger als im Vorjahr.

Auch **deutschlandweit** entsprechen die beschäftigungssichernden Absichten der Unternehmen denen der Wirtschaft in MV. Aus Sicht des IW Köln schlagen sich die insgesamt deutlich eingetrübten Produktionserwartungen nicht entsprechend negativ in den Beschäftigungserwartungen nieder. „Dies belegt das auch in den vorhergehenden Krisen zu beobachtende

Muster, dass trotz teils starker Produktionseinbrüche die Beschäftigung in den Betrieben aufrechterhalten wurde. Seit geraumer Zeit wird darauf verwiesen, dass die bestehenden Fachkräfteengpässe dieses Horten von Arbeitnehmern in einer Konjunkturkrise erklären kann. Die Erfahrungen mit der Corona-Pandemie haben zum Teil erkennen lassen, dass zwischenzeitlich freigesetzte Arbeitnehmer in der wieder anziehenden Konjunktur nicht ohne weiteres zu ersetzen waren.“<sup>6</sup>

#### Optimisten:

- teilweise Metall- und Elektroindustrie

#### Pessimisten:

- Druck und Medien
- teilweise Tourismus/ Hotels und Gastronomie
- teilweise Nahrungsgüterunternehmen

---

<sup>4</sup> Matthias Dettmann, DEHOGA-MV, im Rahmen der VU-Jahresausblick-Umfrage, Dezember 2022

<sup>5</sup> NORDMETALL-PI: Herbst-Konjunkturumfrage / 45. Martinsgansessen, 17.11.2022

<sup>6</sup> Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.: IW-Verbandsumfrage 2022. Dezember 2022

## 4. Investitionen

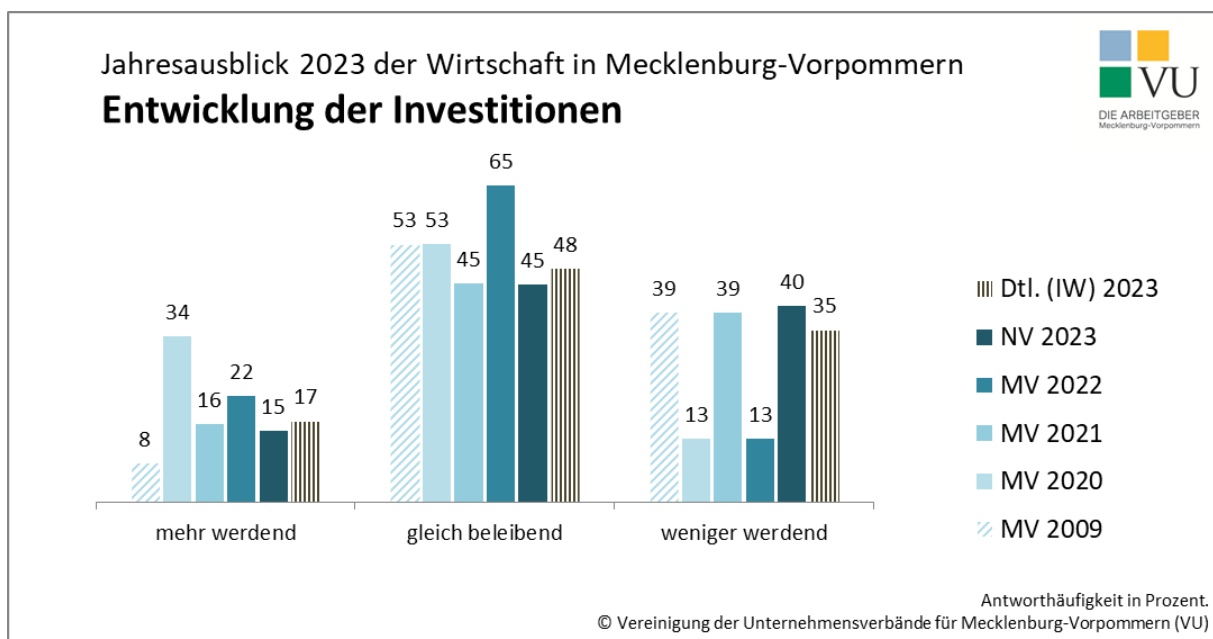


Abbildung 4: Entwicklung der Investitionen 2023

### Unsicherheit bremst Investitionen

Nachdem im letzten Jahr die Investitionsneigung stark angestiegen war, gehen die Absichten für Investitionen und Neuanschaffungen im aktuellen Jahresausblick nun wieder deutlich zurück. Abzuwarten bleibt, ob im neuen Jahr Nachholeffekte für ausgebliebene Investitionen aus den Corona-Jahren, wie man sie bei bundesweiten Branchenbetrachtungen beobachten kann<sup>7</sup>, auch für die Wirtschaft in MV eintreten werden.

In Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft überwiegen zwar noch die stabilen Investitionsplanungen, dennoch fällt der Anteil der Optimisten auf weniger als die Hälfte der Unternehmen zurück. Der Anteil der Firmen die mehr investieren wollen, hat sich sichtbar verringert (15 vs. 22 %) und entspricht damit dem Stand von 2021. Gleichzeitig wollen im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Unternehmen bei Investitionen sparen (40 vs. 13 %). Auch hier fast eine Umkehr der Werte aus 2021. Mit Blick auf die gegenwärtige Wirtschaftslage und die getrübbten Aussichten, werden laut DEHOGA MV, die Betriebe in der **HOGA-Branche** im nächsten Jahr gezwungen sein, Liquidität eher zur Rettung bzw. Konsolidierung der Unternehmen einzusetzen. Investitionen stünden naturgemäß eher hinten an.

In der **Metall-Elektro-Branche** werden im Durchschnitt 20 % der Firmen ihre Investitionen im Vergleich zum Vorjahr einschränken müssen.

Die Investitionsneigung in MV entspricht in diesem Jahr etwa dem **Bundesdurchschnitt**, der die Gruppe der investitionswilligen Unternehmen zwar wie in MV in der Minderheit sieht, aber insgesamt ein stabiles Investitionsklima vorzeichnet. Vor allem in der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft und in den Industriebereichen Maschinen- und Anlagenbau, Papierproduktion, beim Luft- und Raumfahrtbau sowie bei Schiffsbau/Meerestechnik wird laut IW voraussichtlich mehr investiert.<sup>8</sup>

#### Optimisten:

- teilweise Metall-Elektro-Industrie

#### Pessimisten:

- Tourismus/ Hotels und Gastronomie
- Technische Gebäudeausrüster
- Einzelhandel
- Bauwirtschaft

<sup>7</sup> z. B. für Maschinen, Geschäftsausrüstungen und gewerbliche Fahrzeuge, s. IW-Umfrage 2022

<sup>8</sup> Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.: IW-Verbandsumfrage 2022. Dezember 2022

## 5. Zusatzfrage 1:

### Wie bewerten Sie das Krisenmanagement der Landesregierung im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Energiekrise auf Wirtschaft und Gesellschaft in MV?

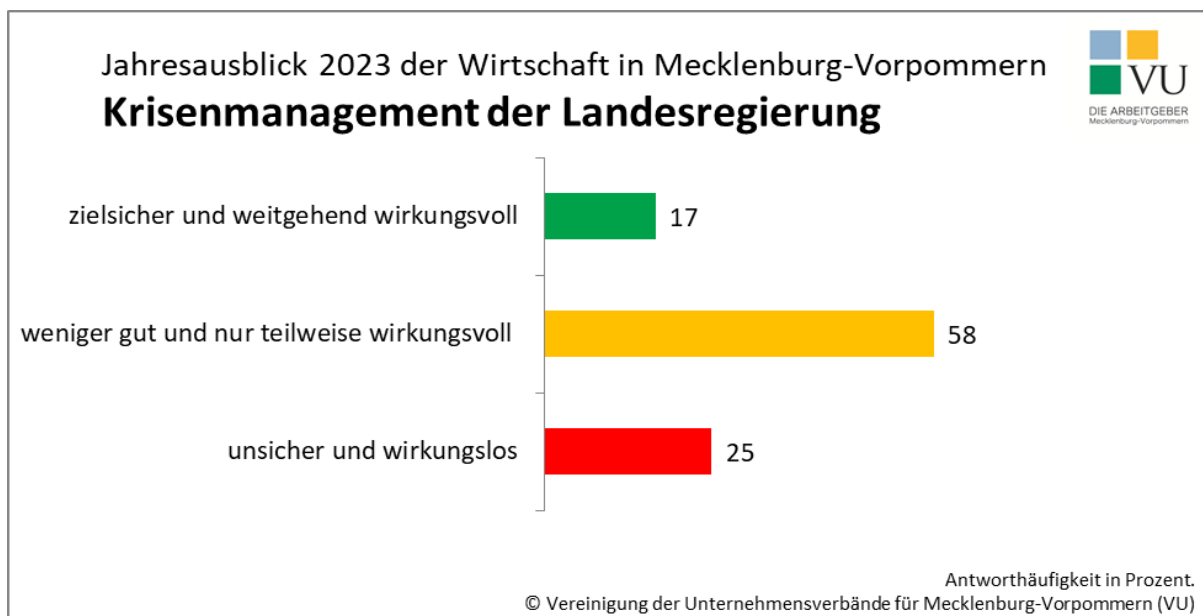


Abbildung 5: Krisenmanagement in der Energiekrise

#### Späte Krisenreaktionen kritisiert

Auch die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist betroffen von den Belastungen infolge der russischen Invasion in der Ukraine und der damit verbundenen Energiekrise. Die Gefahr einer Gasmangellage im Winterhalbjahr 2022/2023 hat sich zwar vermindert. Es wird nun von den Wintertemperaturen und dem Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte abhängen, inwieweit Versorgungsprobleme mit Energie und damit einhergehende Produktionsstörungen eintreten werden. Vor diesem Hintergrund schätzten die VU-Mitgliedsverbände das bisherige Agieren der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns in der Energiekrise ein.

Insgesamt sind mehr als die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass die Maßnahmen und das Agieren der Landesregierung nur weniger gut und nur teilweise wirkungsvoll waren. Fast ein Fünftel der Befragten schätzten dagegen ein, dass die Landesregierung die Energiekrise bisher zielsicher und weitgehend wirkungsvoll managte. Dagegen befand ein Viertel aller Befragten, dass das Krisenmanagement unsicher und wirkungslos erschien.

Aus Sicht des **DEHOGA MV** sei vor allem die Chance des frühzeitigen ernsthaften Reagierens vertan worden. „Sich der Energiekrise erst nach der Sommerpause wirklich anzunehmen und Hinweise beziehungsweise Vorschläge

der Wirtschaft vor der Sommerpause ‚abtropfen zu lassen‘, war definitiv der falsche Weg. Der Energiegipfel MV kam aus unserer Sicht zu spät.“ Der bewährte Weg der gemeinsamen Arbeit von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften zur Bewältigung der Corona-Krise (MV-Gipfel, Wirtschaftsfokus MV, Task-Force Wirtschaft, etc.) fand aus DEHOGA-Sicht in der neuen Krise leider keine Fortsetzung.

Der **Unternehmerverband Mineralische Baustoffe (UVMB)** schätzte ein, dass die Möglichkeiten einer Landesregierung zur Bewältigung der Energiekrise sehr begrenzt seien. Zugleich müsse man jedoch kritisch feststellen, dass in vielen Behörden, die für Genehmigungen und Zulassungen verantwortlich sind, die Krisensituation nicht angekommen sei. Das Nachdenken darüber, Genehmigungsprozesse zu beschleunigen, hätten sich auch nach der Corona-Pandemie nicht etablieren können. „Deutschland muss einfacher werden! Das Leben ist bestimmt von negativen Signalen in einer permanenten Krise und im Mangel (Klimakrise, Energiekrise, Corona-Krise, Ernährungskrise, Artensterben, Fachkräftemangel usw.). Von der Politik aber geht keine positive gesellschaftliche Grundstimmung und Zuversicht aus.“

## 6. Zusatzfrage 2: Was sind die derzeit größten Risiken für Ihre Unternehmen?

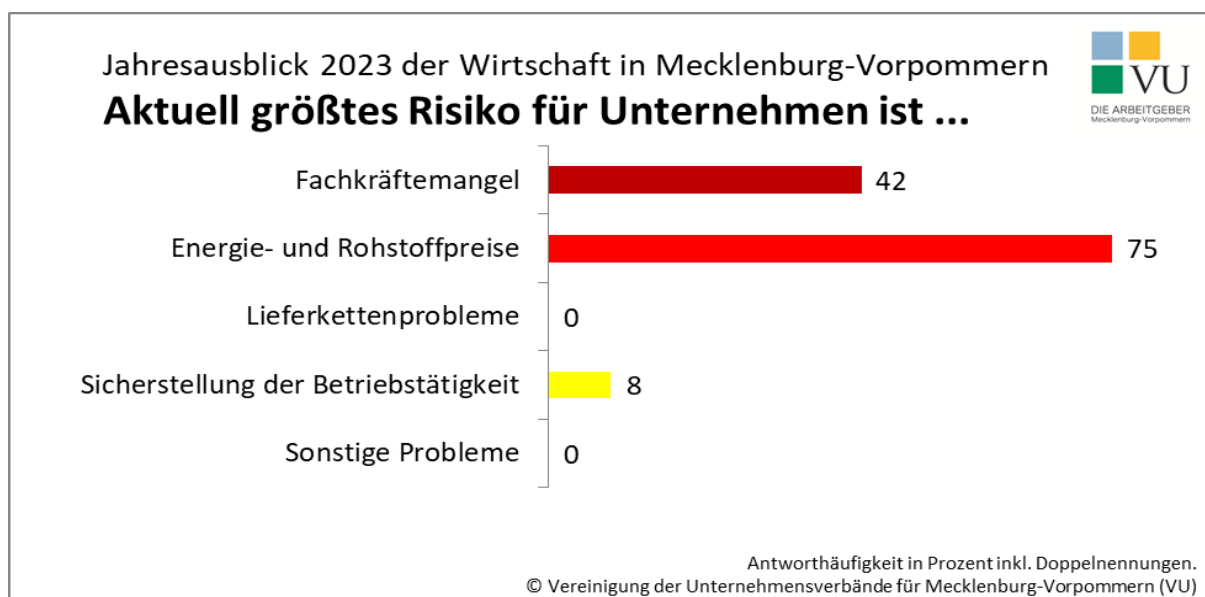


Abbildung 6: Aktuell größte Risiken aus Sicht der Wirtschaft in MV

### Personalmangel ist zähestes Problem

Bekannte Dauerherausforderungen mischen sich für die Unternehmen und deren Beschäftigte seit Monaten mit multiplen Krisen. Die geopolitische Lage hat sich keinesfalls entspannt. Eine potenzielle Ausweitung des bestehenden Ukraine-Konflikts auf Westeuropa – etwa durch Anschläge auf kritische Infrastrukturen – sowie zusätzliche Konflikte machen die globalen Produktions- und Zuliefernetzwerke weiterhin anfällig. Damit blieben auch gesamtwirtschaftliche Produktions- und Geschäftsabläufe gefährdet. „Des Weiteren geht der Energiepreisschock trotz der vielfältigen fiskalpolitischen Maßnahmen am privaten Konsum nicht spurlos vorbei. Die Konsumstimmung rangiert in Deutschland auf einem historischen Tiefpunkt, der für sich genommen zumindest auf schlechte Konsumperspektiven im Winterhalbjahr 2022/2023 hindeutet“, betont das IW.<sup>9</sup>

Trotz geringerer Corona-Risiken, trotz umfangreicher staatlicher Finanzhilfen zur Entlastung für Unternehmen durch eine Gas- und Strompreisbremse, Energiepreispauschalen für Erwerbstätige, Rentner, Studierende, Kinderbonus, Wohngelderhöhung, Tankrabbatt und Neun-Euro-Ticket, Anpassungen der Entfernungspauschale, Aussetzung der EEG-Umlage sowie im Jahr 2023 die Strom- und Gaspreisbremse und diverse KfW-Kreditprogramme steht die Wirtschaft in Mecklenburg-

Vorpommern 2023 vor einer nie gekannten Ballung von gefährlichen Risiken und anspruchsvollen Herausforderungen. Dennoch spiegelt die Befragung ein klares Antwortbild wider:

Neben den relativ neuen Energie- und Rohstoffpreis-Problemen ist der **Fach- und Arbeitskräftemangel** DAS zentrale und dauerhafteste Risiko für nahezu alle Unternehmen.

Aus Sicht der Betriebe verbindet sich damit mittlerweile die Suche nach potenziellen Beschäftigten ALLER Qualifizierungsebenen: Auszubildende, Fachkräfte, Spezialisten mit Fach- und Hochschulabschluss, Saisonkräfte und Hilfskräfte. Viele Unternehmen sprechen daher bereits von einem hoch riskanten durchgängigen Personalmangel.

Aus Sicht des **Verbandes Druck+Medien Nord-West** geben die wichtigen Preisbremsen für Gas und Strom wieder eine Planungssicherheit. Oliver Curdt, Geschäftsführer Verband Druck+Medien Nord-West e.V. sagt: „Da die wichtigen Preisbremsen für Gas und Strom nun beschlossen sind, gibt es hier nun Gott sei Dank wieder eine Planungssicherheit. Wir warten gespannt auf die konkrete Ausgestaltung der Strompreisbremse. Hier herrscht noch zu viel

<sup>9</sup> Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.: IW-Verbandsumfrage 2022. Dezember 2022

Unklarheit. Dennoch sind es besonders die Kostensteigerungen, vor allem bei den Papierkosten für die Produktion von Druckerzeugnissen, die die Unternehmen belasten. Aktuell kommt noch hinzu, dass es sehr schwierig ist, Personal für Hilfstätigkeiten in der Produktion zu finden und zu halten. Zudem fehlt Fachpersonal in strukturschwachen Gebieten.“

Thomas Wiese, Geschäftsführer des **Industrieverband Technische Gebäudeausrüstung und Energietechnik Nord (ITGA)** schätzt ein: „Der Fachkräftemangel ist nicht nur in der eigenen Branche ein sehr drängendes Problem! Die Anstrengungen hier Lösungen zu finden, haben sich in den letzten Jahren stark intensiviert.“ Zudem seien Materialpreissteigerungen insbesondere im Rahmen von bestehenden Verträgen ohne Preisgleitklauseln eine enorme Belastung.

Bert Vulpus, Geschäftsführer des **Unternehmerverbandes Mineralische Baustoffe (UVMB)** sagt: „Die Situation der öffentlichen Haushalte ist kritisch. Die Frage ist, in welchem Umfang zukünftig Investitionen der öffentlichen Hand möglich sind. Bund, Länder und Kommunen sind große Auftraggeber im Bereich Bau. Der Investitionsstau im Bereich der Infrastruktur ist in der Vergangenheit für den Standort Deutschland immer ein großes Thema gewesen.“ Unternehmen, die Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien errichten wollen, sähen sich erheblichen Widerständen im Planungs- und Genehmigungsrecht ausgesetzt, was vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Energiesituation nicht nachvollziehbar sei.

Neben den zentralen Risiken bei Personal und Energie wurden von den befragten Verbänden als **weitere Risiken** genannt (ungeordnete Reihenfolge):

- Attraktivität und Entwicklung der Innenstädte
- Bürokratie (Abbau zwingend erforderlich)
- fehlendes Belastungsmoratorium
- Inflation
- Situation der öffentlichen Haushalte
- Regulierungen, die den Ausbau von erneuerbaren Energien behindern
- Rückforderungen nach Abrechnung der Überbrückungshilfen
- Fehlende Planungssicherheit
- Hohe Arbeitskosten (unabsehbare Lohnsteigerungen usw.) (Mehrfachnennungen)
- Gesetzlicher Mindestlohn
- behördliche Auflagen
- neue Gesetze (Mehrfachnennungen)
- internationale Politik (Mehrfachnennungen)

## 7. Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2023

Branche	Stimmung	Umsatz	Beschäftigte	Investitionen
Baubranche	☹	↘	→	↘
Druck und Medien	☹	→	↘	→
Einzelhandel	☹	→	→	↘
Ernährungswirtschaft	☹	→	→	→
Handelsvermittlung	☹	↘	→	→
Metall- und Elektroindustrie	☹	→	→	↗
Rohstoffindustrie	☹	↗	→	→
Technische Gebäudeausrüs- tung und Energietechnik	☹	→	→	↘
Tourismus/Freizeitwirtschaft	☹	↓	→	↘
<b>Gesamt</b>	☹	➡	➡	➡
	<b>Große Unsicherheit</b>	<b>gedämpfte Umsatzer- wartung</b>	<b>Beschäftigte halten!</b>	<b>Gebremste Investitionen</b>

Abbildung 7: Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2023

Stimmung: ☺ = besser ☹ = genauso ☹ = schlechter

Umsatz / Beschäftigte / Investitionen:

↑ = stark ansteigend ↗ = leicht ansteigend → = konstant ↘ = leicht zurückgehend ↓ = stark zu-  
rückgehend

## 8. Fazit

Der VU-Jahresausblick 2023 der befragten Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Mecklenburg-Vorpommern überrascht kaum. Anders als im zurückliegenden Jahr hat zwar die Corona-Pandemie ihren ersten Platz bei den größten Risiken verloren, aber neue Schrecken, wie ein für undenkbar geglaubter Krieg an Europas Außengrenze und alle damit zusammenhängenden Belastungen für die internationale und die inländische Wirtschaft kamen hinzu. Insgesamt also keine guten Voraussetzungen für Wirtschaft und Wachstum in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Jahre 2021 und 2022 waren bereits notgedrungen geprägt von wachsenden Erfahrungen und Fähigkeiten der Unternehmen im Zusammenhang mit besserer Nachhaltigkeit, stärkerer Krisenresilienz und kollaborativer Zusammenarbeit. Auch der digitale Wandel in den Unternehmen hat auf unterschiedlichen Ebenen weiter an Tempo und Umfang zugelegt.

2022 war geprägt zudem von der neuen Erfahrung unmittelbarer Verletzlichkeit sicher geglaubter Grundlagen – der Energieversorgung durch billiges russisches Gas und Öl. Schon jetzt ist absehbar, dass die Zeiten problemloser und preiswerter Strom- und Gasbelieferung aus ausländischen Quellen für immer vorbei sind. Überhaupt ist das „einfache“ Wachstum – das für Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft natürlich nie einfach war – nun nur mit noch mehr Anstrengung, Aufwand, Kooperationsfähigkeit und Innovationsfordernis zu erreichen.

Wie bereits 2021 war die Politik auf Länder- und Bundesebene auch 2022 gefordert, in schweren Krisen strategisch richtig und umsichtig zu entscheiden und entschlossen zu handeln, ohne den Rückhalt in der Bevölkerung zu verlieren. Das ist den politischen Akteuren aber nur teilweise gelungen.

Waren es 2021 die Corona-Regelungen, die trotz wiederholter Warnungen und Hinweise aus der Wirtschaft hektisch und extrem unübersichtlich erlassen sowie wenig verständlich kommuniziert wurden, galt dies nun für die politischen Entschlüsse und Hilfen in der Energiekrise.

So erklärt sich die Stimmung im Rahmen unserer Umfrage und der jetzige Vorwurf gegenüber der Landesregierung, zu spät gehandelt sowie wochen- und monatelang zur Verunsicherung von Bevölkerung und Wirtschaft beigetragen zu haben. Unter anderem durch den ständigen Verweis auf die Bundesebene. Die stete Antwort: „Zuerst muss Berlin entscheiden!“ sprach nicht von Entscheidungsstärke und bremste politisch planvolles Vorgehen. In der frühen Phase der Energiekrise hat die Landesregierung dadurch aus Sicht der Wirtschaft viel Vertrauen und Zuversicht verspielt.

Trotz geringerer Corona-Risiken, umfangreicher staatlicher Finanzhilfen zur Entlastung für Unternehmen durch eine Gas- und Strompreisbremse, Energiepreispauschalen, Kinderbonus, Wohngelderhöhung, Tankrabatt und Neun-Euro-Ticket, Anpassungen der Entfernungspauschale, Aussetzung der EEG-Umlage sowie die Strom- und Gaspreisbremse und diverse KfW-Kreditprogramme steht die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern 2023 vor einer nie gekannten Ballung von gefährlichen Risiken und anspruchsvollen Herausforderungen. Dennoch spiegelt die Befragung eine sehr klare Aussage wider:

**Bislang undenk-  
bare Krisen für  
die Wirtschaft in  
MV**

**Geforderte  
Politik**

**Starrer Blick nach  
Berlin**

**Personalmangel  
in allen Branchen**

Neben den relativ neuen Energie- und Rohstoff-Preis-Problemen ist der demografisch bedingte **Fach- und Arbeitskräftemangel** DAS zentrale und dauerhafteste Risiko für nahezu alle Unternehmen.

Aus Sicht der Betriebe verbindet sich damit mittlerweile die Suche nach potenziellen Beschäftigten ALLER Qualifizierungsebenen: Auszubildende, Fachkräfte, Spezialisten mit Fach- und Hochschulabschluss, Saisonkräfte und Hilfskräfte. Viele Unternehmen sprechen daher bereits von einem hoch riskanten durchgängigen Personalmangel.

Die VU fordert, dass die Landesregierung eine ganzheitliche Fachkräftestrategie verfolgt, die vor allem ein gezieltes Zusammenspiel von Aus- und Weiterbildung, eine stärkere Integration bereits hier lebender Menschen in den ersten Arbeitsmarkt sowie qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland umfasst. Gleichzeitig sind die Unternehmen in MV gefragt, attraktive Arbeitsbedingungen anzubieten und bekannt zu machen, um Arbeitskräfte zu finden und zu halten.

Aufgrund der Dringlichkeit des durch den demografischen Wandel verursachten Fach- und Arbeitskräftemangels schlägt die Vereinigung der Unternehmensverbände (VU) der Landesregierung - parallel zu einer möglichst forcierten Erarbeitung der lange angekündigten Fachkräfte-Strategie für das Land - ein **Sofortprogramm** vor.

Selbst in der Krise hat die VU intensiv und erfolgreich an der wirtschaftlichen Zukunft des Landes mitgewirkt. Es gelang, nach mehrjähriger Vorbereitung, im Juni 2021 gemeinsam mit den Sozial- und Wirtschaftspartnern und der Landesregierung, ein Konzept des qualitativen Wachstums in Form des ersten Industriekonzeptes für Mecklenburg-Vorpommern zu beschließen. Ziel des Industriekonzeptes ist es, die nach wie vor große Produktivitätslücke des Landes im Vergleich zu strukturstarken Regionen Schritt um Schritt zu verringern. Notwendig ist ein strategischer Pfad, um den in den letzten 30 Jahren entwickelten industriellen Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten, beim Wachstum erfolgreich zu unterstützen und gezielt mehr Industrie in MV anzusiedeln.

Die VU fordert die Landesregierung nun auf, in 2023 endlich die Umsetzung des Industriekonzeptes 2030 aktiv voranzutreiben. Die VU selbst wird sich an der Planung einer Roadmap zur Umsetzung des ehrgeizigen Industriekonzeptes aktiv beteiligen und zugleich die Arbeit der Landesregierung an der Umsetzung dieses Vorhaben messen.

**VU-Vorschlag:  
Sofortmaßnahmen gegen  
Fach- und  
Arbeitskräftemangel  
in MV**

**Zukunft  
gestalten:  
VU fordert für  
2023 die  
Umsetzung des  
Industrie-  
konzeptes  
MV 2030**





Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Graf-Schack-Allee 10 a • 19053 Schwerin  
Telefon: 0385 6356 201, Telefax: 0385 6356 151  
E-Mail: matschENZ@vumv.de, Internet: [www.vumv.de](http://www.vumv.de)  
Stand: 03.01.2022  
Autor: Jens MatschENZ, VU-Geschäftsführer Wirtschaft und Arbeit und Berufsbildung

